

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Turgut Altug (GRÜNE)**

vom 20. Juni 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juni 2014) und **Antwort**

IGA 2017: Quo vadis? - Bauvorhaben IGA-2017 ohne Naturschutz? IV

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie viele Bäume werden insgesamt für die IGA-2017 gefällt? Auf dem Kienberg sind mehr als 800 Bäume markiert. Bedeuten diese Markierungen, dass diese Bäume gefällt werden? Bis ein neu gepflanzter Baum den Wert eines Altbaumes erreicht, vergehen Jahrzehnte. Wird der Baumbestand auf dem IGA-Gelände insgesamt vergrößert?

Antwort zu 1: Die Markierungen der Bäume vor Ort sind Vermessermarken der Kartierung. Im Rahmen des Waldentwicklungskonzeptes, das zurzeit unter Beteiligung von Fachbüros, Umweltverbänden und der Universität Dresden erarbeitet wird, ist neben der Herstellung von Lichtungsbereichen und der Beseitigung von Neophyten insbesondere die Herstellung von Waldsaumbereichen mit umfangreichen Gehölzpflanzungen zur Erhöhung der Artenvielfalt vorgesehen. Im gesamten IGA¹-Gelände und den angrenzenden Straßenbereichen sind ebenfalls zahlreiche Baumpflanzungen vorgesehen.

Frage 2: Ab 2015 soll das künftige IGA-Gelände großflächig eingezäunt werden. Welchen Einfluss wird die Umzäunung des Geländes auf die wild lebenden Tiere haben? Was geschieht mit dem dort lebenden Wild (Rehe, Füchse, Feldhasen, Wildschweine usw.)?

Antwort zu 2: Durch die Einbeziehung des Wuhletals als Kulisse für die IGA Berlin 2017 stehen wild lebenden Tierarten sehr große Flächen zur Verfügung. Auch auf den Flächen der jetzigen Gärten der Welt leben bereits wild lebende Tiere, die durch die Öffnung des Zaunes zum Kienberg und Wuhletal weitere Rückzugsgebiete erhalten.

Frage 3: Wann wird der gesamte Zaun, der das bisher öffentlich zugängliche Gebiet im Rahmen der IGA 2017 begrenzen soll, wieder vollständig zurückgebaut? Gibt es eine vertragliche Vereinbarung über den Rückbau der Einzäunung? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 3: Nach dem Rückbau der Einrichtungen der IGA wird die zur IGA notwendige Umzäunung wieder vollständig zurückgebaut. Dies entspricht der zwischen dem Bezirk und der Grün Berlin GmbH getroffenen vertraglichen Vereinbarung.

Frage 4: Auf welcher gesetzlichen Grundlage basiert die Genehmigung für die geplante Einzäunung des öffentlichen Landschaftsgebietes Kienberg/Wuhletal-Jelena-Santic-Friedenspark?

Antwort zu 4: Der Nutzungsvertrag lässt als öffentlich-rechtliche Grundlage eine temporäre Einzäunung des Geländes zu.

Frage 5: Mehr als 40 Tagfalterarten, darunter der Große Feuerfalter (*Lycaena dispar*), dem in Europa der höchste Schutzstatus eingeräumt wurde, sind durch das Tagfalter-Monitoring der Helmholtz-Institut für Umweltforschung (UFZ) Halle-Leipzig über Jahre hinweg dokumentiert worden. Sind diese Daten vollständig in die Kartierung eingeflossen? Wie wird gesichert, dass diese Bestände erhalten bleiben?

Antwort zu 5: Die Daten des Tagfalter Monitorings des Helmholtz-Instituts für Umweltforschung sind von den Gutachtern abgeglichen worden. Das Wuhletal ist nicht Bestandteil des Bearbeitungsgebietes. Über den Pflege- und Entwicklungsplan wird jedoch der Erhalt und die Weiterentwicklung der Tagfalterbestände durch die beschriebenen Maßnahmen zur Erhöhung der Diversität angestrebt.

¹ IGA = Internationale Gartenausstellung

Frage 6: Was geschieht mit dem in großen Mengen vorhandenen Todholz auf dem Kienberg? Was geschieht mit dem Holz der zu fallenden Bäume? Wird dies insgesamt als Todholz auf dem Kienberg verbleiben?

Antwort zu 6: Die IGA Berlin 2017 erarbeitet in Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Umweltverbänden ein Pflege- und Entwicklungskonzept für die weitere, langfristige Entwicklung des Geländes. Ein Schwerpunkt dabei ist die Waldentwicklung. Ein Teil dieses Waldentwicklungskonzeptes wird den Erhalt/die Schaffung von Tothholzbereichen zum Ziel haben, um auch auf dem Kienberg die Diversität zu erhöhen.

Berlin, den 03. Juli 2014

In Vertretung

C h r i s t i a n G a e b l e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Juli 2014)